

Die Zukunft ist dezentral oder sie wird nicht sein -

Die Vorentscheidungen für Krieg oder Frieden

Ulrich Jochimsen, Flensburg

Die „große Energiewirtschaft“ hat immer noch das Sagen – doch sie ist nicht an Veränderungen interessiert, hat sogar ein äußerst großes Beharrungsvermögen. Mit eigenen Investitionen versuchen die Konzerne, die Zukunft unserer Energiesysteme und –netze in ihrem Sinne zu beeinflussen. Doch für Ulrich Jochimsen bedeutet das: Die Zukunft von uns allen ist dadurch bedroht. Und er beweist es mit Beispielen aus der Vergangenheit, die heute immer noch gelten.

Die Windkraft ist seit ein paar Jahren in der Industrie angekommen. Banken und große Konzerne haben sie sich angeeignet. Wind-Weltmarktführer 2006: Deutschland.

Die Windkraft ist zu einer zentralen Energieform geworden. Schon dichten die Konzerne an dem Märchen, sie hätten die Windkraft erfunden. Dabei war es genau die Industrie, die Windkraft lange Zeit sogar sabotierte. Vergessen ist der GROWIAN: Diese GROSseWIndANlage kostete dem deutschen Steuerzahler 100 Millionen DM und mehrere Entwicklungsjahre. Nach 156 Stunden Betrieb brach sie zusammen. Die physikalischen Kräfte des Windes bewiesen: DIESE Windkraft funktioniert nicht. Die Schleswig, heute E.ON-Hanse, wollte sich nur beteiligen, „um der Bevölkerung zu zeigen, dass Wind keine Alternative ist“.

Erst aufgeweckt durch den Exportverkaufserfolg von Windenergieanlagen, die ausgerechnet ausgingen von unserem klitzekleinen Nachbarland Dänemark in alle Welt, änderte sich die Meinung unserer Industrie. Heute forcieren die Stromkonzerne immer größere Windenergieeinheiten. Nun wollen sie hinaus aufs weite Meer, um Strom zu ernten.

Das ist nicht unproblematisch:

- die Fundamente sind technisch aufwendig und kosten sehr viel.
- die sehr großen Kräne können nur an wenigen Tagen im Jahr arbeiten, weil sie sehr windanfällig sind.
- der Salzwassernebel greift die Anlagen an: So könnte man zum Beispiel ein Handy unbeschadet auf den Mond schießen, aber eine Minute im Seewasser zerstört es.
- die Entfernungen von Land sind beträchtlich: Dazu braucht es seewasserfeste Kabel, und große Entfernungen an Land müssen überbrückt werden, um die Elektrizität zu den Verbrauchern zu führen.

Kurz: Offshore-Projekte werden sehr teuer und sind anfällig.

Die fernen Planer an Land, die an trockenen Schreibtischen sitzen, haben wenig Ahnung davon, was ihnen auf hoher See bevorsteht. Deutschland ist keine Seefahrernation; es hat die eigene Seefahrt gerade in den letzten Jahrzehnten systematisch vernachlässigt. Selbst VESTAS in Dänemark musste die 80 Anlagen in der Nordsee komplett abbauen. Es ist ein riesiger Unterschied, ob die Windmühlen küstennah in der Ostsee - einem Binnenmeer - gebaut werden oder in der Nordsee, einem Ozean. Schon fordern die Konzerne erheblich mehr Geld für die Windkraft auf hoher See: In Wirklichkeit geht es ihnen jedoch um mehr Hochspannungsleitungen an Land.

Die Windenergie konnte sich nur entfalten, weil die Erfinder ihre Windmühlen zu Hause aufbauen konnten. Die kleinen Windräder sind inzwischen zu Gunsten der großen in Dänemark praktisch verboten. Denn die Kinder – die zukünftige Forschergeneration - könnten ja auf neue, dezentrale Ideen kommen und mit ihren Erfindungen die „gestandenen“ Konzerne zu Fall bringen.

Wir dürfen nicht vergessen: Die Stromdiktatur ist ein radikales Monopol, das jede Geldmenge beschaffen kann. Und sie sind mächtiger als Regierungen: Lange vor der Europäischen Union waren die Konzerne als „L'Union pour la Coordination de la Production et du Transport de l'Electricité / UCPTÉ“ mit ihrem Hauptquartier in Brüssel. Die jetzt durch Fusionen noch mächtiger gewordenen Verbundunternehmen (RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall) marschieren mit der von „ihren“ Kunden eingesammelten Kriegskasse in andere Länder ein. Die „Liberalisierung“ zahlt sich für sie aus. Niemand kann sie mehr kontrollieren. Der so genannte „freie Markt“ ist für sie eine Gewinn treibende Ausrede.

Während meiner Lehrzeit (1952-55) habe ich Herrn Henningsen kennen gelernt. Er hatte die elektrische Heißmangel und die verspiegelten Lampen erfunden. Er hat mir das ungeheure Potenzial der Wellenenergie vor Augen geführt. Und er hat Patentgebühren bezahlt und viel Geld verloren: Keine Firma wollte ihm seine Patente abkaufen. Er ließ sie verfallen. Den Rest kennen wir. Sein Schicksal ist mir unvergesslich.

Welche Möglichkeiten hat ein Erfinder, die höchst effektive Wellenkraft der Meere auszuprobieren? Praktisch keine. Denn ganz im Sinne des Energieoligopols kommt er nicht an das Wasser heran. Und das Folkecenter in

Dänemark hat zwar eine Testanlage für Wellenkraft, aber kein Geld um zu forschen und zu entwickeln.

Das eigentliche Problem ist ein kulturelles. Die Ingenieure in Deutschland werden nicht als Kulturschaffende angesehen: Ingenieur ist man nicht, solche Leute hält man sich. Das ist ein tieferer Grund, warum ein Ingenieurmangel in Deutschland herrscht. Immer weniger junge Menschen sind bereit, Ingenieur- oder Naturwissenschaften zu studieren. Denn mit Jura oder einem Studium der Wirtschaftswissenschaften können sie sich fast mühelos mehr Geld und Macht aneignen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich in den letzten Monaten in Europa und der Welt sehr weit zum Fenster hinaus gelehnt und starke CO₂-Reduzierungen gefordert.

„Deutschland geht im Klimaschutz voran“,

versprach Frau Merkel in der Erwartung, die nächste Bundestagswahl mit der CDU/CSU und dem Argument der „rettenden“ Atomenergie zu gewinnen. Will sagen: Die alten abgeschriebenen Atomkraftwerke müssen länger laufen, nun als Gelddruckmaschinen. Inzwischen plant die Energiewirtschaft 40 neue, supergroße Kohlekraftwerke. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel will neun riesige, zentrale Kohlekraftwerke ohne Wärmenutzung genehmigen, anstatt für eine dezentrale Netzstruktur und Heizkraftwerke zu kämpfen. Eine gigantische Energie- und Kapitalverschwendung; schlimmer noch: Es ist ein Zementieren der unseligen, zentralistischen Struktur.

„Wir haben den Mond erobert, aber wir stehen wie hilflose Kinder vor den sterbenden Wäldern, hinter denen er aufgeht.“ Hubert Weinzierl

Die Unfähigkeit der Politiker Deutschlands Zukunftsprobleme lösen zu können, hat historische Wurzeln

Ich habe das Kriegsende und den totalen Zusammenbruch bewusst erlebt. Ich wollte nicht dasselbe noch einmal erleben. Ich musste etwas dagegen tun, solange es geht!

Bekanntlich hat der Faschismus in Deutschland Spitzenleistungen der Verdrängung nach sich gezogen. Mein geliebter Vater klagte ein um das ande-

re Mal in den 50er Jahren: „Es kommt alles wieder“. Die Konstitution, besser: Restauration, der bundesdeutschen Gesellschaft bewahrt eine bemerkenswerte Kontinuität zu der Zeit des „Dritten Reiches“. Weder kam Hitler unvorbereitet an die Macht, noch sind die von ihm geprägten gesellschaftlichen Strukturen im Mai 1945 ebenso plötzlich wieder verschwunden.

Bestimmte Kreise verbreiten die Mär der führerfixierten Faschismusinterpretation, und die findet bundesweite Resonanz. Dieselben Kreise lehnen die überfällige Tilgung des Energieführerbefehles vom 29. Juli 1941 und eine gründliche Diskussion seiner Wirkungsgeschichte ab. An diesen zentralen Aspekten des amoralischen Systems wird systematisch vorbeigegangen, damit nicht die Strukturen und Kräfte sichtbar werden, die unter der Oberfläche der Politik wirken und formaljuristisch organisiert sind: Jene leisten der Inhumanität und Umweltzerstörung Vorschub und sind der eigentliche Grund für die strukturellen Probleme Deutschlands.

Man hätte erwarten können, dass nach 1945, insbesondere nach Inkrafttreten des Grundgesetzes, alsbald und ohne Verzug eine neue energierechtliche Ordnung geschaffen würde, eine Ordnung, die dem Herrschafts- und Organisationssystem des Grundgesetzes und den Prinzipien eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates entsprochen hätte. Zwar gab es dafür Versuche, doch die kamen über Entwürfe nie hinaus. Die Folge war: Man griff auf das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 zurück. Dieser Rückgriff hat zum Teil groteske Züge, denn dadurch war unser Staat gezwungen, einen Rechtsbaustein des Dritten Reiches aus seiner ehemaligen politischen Herrschaftsstruktur heraus zu nehmen, einer Metamorphose zu unterziehen und ihn sodann - sozusagen weiß gewaschen - in das grundgesetzliche Rechtsgebäude einzufügen.

Ich habe die letzten 60 Jahre bewusst erlebt - die Hälfte der Zeit, seitdem die Elektrizität in breiter Form eingeführt wurde, alle Bereiche des Lebens erfasst hat. Der Faschismus entfaltete eine Formungskraft, die nach und nach zur Selbstverständlichkeit der meisten Deutschen wurde, ihr Leben durchdrang und sich zwangsläufig auch in ihrer Persönlichkeit festsetzte. Deshalb stößt es bei den Älteren auf Ablehnung, Hass oder auch „Unverständnis“, wenn mit dem Hinweis auf den über 60 Jahre nach Kriegsende immer noch wirkenden Energieführerbefehl vom 29. Juli 1941 die Lebenslüge der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft hinterfragt wird. Doch die Jugend will ein friedliches Europa. Und sie ahnt, dass das Zeitalter des Faschismus in Deutschland nicht wirklich zu Ende ist, solange die Herrschaftsverhältnisse auf dem Energie- und Wassersektor weiter bestehen, bewahrt mittels juristischer Konstellationen im Geiste Hitlers. Selbst in de-

mokratischen Staaten vermehrt der Krieg die Machtbefugnisse der Regierung, unvermeidlich und in hohem Maße. Und der Krieg schafft es fast zwangsläufig alle Menschen und die Verwendung aller Dinge zentralisiert zu steuern.

„Führt er auch nicht plötzlich mit Gewalt zur Willkürherrschaft, so lenkt er durch Gewöhnung unmerklich dahin.“ Alexis de Tocqueville

Nach dem hastigen Anschluss der DDR standen Grundgesetzänderungen ins Haus, die - welch eine Schande! - unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten wurden. An diese Stelle möchte ich einen Kerngedanken Al Gores zitieren, des ehemaligen Vize-Präsidenten der USA und frisch ernannten Friedensnobelpreisträgers:

„Damals wie heute ist der wahre Feind ein dysfunktionales Denken. Im Nazideutschland verkörperte es sich im totalitären Staat, seiner Doktrin und seiner Kriegsmaschine; heute in Form eines Unersättlichen, alles verschlingenden Konsums der stetig wachsenden Ressourcenausbeutung. Totalitarismus und Konsumdenken ist Entfremdung und amoklaufende Technologie.“

Mein verstorbener Bruder Reimut war in den 80er Jahren Wirtschaftsminister in Nord-Rhein-Westfalen. Er ließ den Schnellen Brüter in Kalkar nicht radioaktiv werden, sodass aus ihm ein Abenteuerspielplatz wurde. Er legte den Kugelhaufenreaktor THTR in Hamm-Uentrup nach der atomaren Flipper-Spielerei still. Als RWE-Aufsichtsbehörde stoppte er den Atomreaktor Mülheim-Kärlich, der auf einer erdbebengefährdeten Zone steht. Er hat sich niemals als Atomkraft-Gegner zu erkennen gegeben, er kannte von mir die bessere Alternative. Die „Grünen“ versuchten bei mir herauszufinden, wo mein Bruder verletzlich war. Eine Boulevard-Zeitung schrieb: „Bruder des Wirtschaftsministers völlig verarmt in Köln“. Darauf ging ich außer Landes, um ihn nicht zu behindern.

Ich ging in das Land unserer Väter nach Dänemark, zum Nordvestjysk Folkecenter, um dort für die ENERGIEBOX, ein Kraft-Wärme-Kopplungssystem, zu kämpfen. Als Schlussbericht für Deutschland erschien vor 23 Jahren mein Buch „DIE STROMDIKTATUR, von Hitler ermächtigt bis heute ungebrochen“. Dort ist das Potenzial der ENERGIEBOX nachzulesen. Die ENERGIEBOX-Studie selbst hatte ich 1977/78 für meinem Nachbarn in Wiesbaden, den Hessischen Ministerpräsidenten, erstellt.

Der Kampf um die ENERGIEBOX in Dänemark glückte: 50 Prozent der Stromerzeugung in Dänemark werden heute in dezentraler Kraft-Wärme-

Kopplung von privater Hand produziert: 2.700 MW, entsprechen der Leistung von zwei großen Atomkraftwerken. Kein neues Kohlekraftwerk wird genehmigt ohne Wärmenutzung. Ein stolzes Ergebnis für ein kleines Land, das bewusst ohne Atomkraft auskommt!

In Deutschland wurde eine faire Bezahlung für Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung durch die hiesigen Energieversorgungsunternehmen weiterhin verweigert. Und so beschloss der Bundesrat in der letzten Sitzung vor Gründung der fünf neuen Bundesländer am 12. Oktober 1990:

„Der Bundesrat begrüßt das Gesetz über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz. Er bedauert jedoch, dass der Anwendungsbereich des Gesetzes aus Gründen eines wirksamen Klimaschutzes und der Ressourcenschonung nicht auch die Abnahme und die Vergütung von Strom aus Anlagen, die in Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden, erfasst. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung daher auf, in der nächsten Legislaturperiode auf eine entsprechende Novellierung des Gesetzes hinzuwirken.“ Auch mein Bruder Reimut wirkte daran mit.

Doch aus dieser Forderung wurde - wieder nichts! „Wenig überzeugend sind auch die Pläne zum Ausbau der unschlagbar effektiven Blockheizkraftwerke, die gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen. Sie haben in Deutschland einen Minderheitsstatus, weil sich die Stromkonzerne zäh gegen den Verlust ihrer Marktanteile an dezentrale Erzeuger wehren“, schrieb dazu die Süddeutsche Zeitung. Das im letzten Augenblick 7.12.1990 verabschiedete Stromeinspeisungsgesetz für erneuerbare Energie dagegen – gerade mal eine DIN-A4-Seite lang - wurde ein Riesenerfolg!

Strom aus Bürgerhand

Mit dem zentralen Stromverteilnetz fallen wir immer wieder auf die Zwänge und Verlockungen der Stromdiktatur herein. Was wir brauchen, ist ein völlig anders konfiguriertes, ein dezentrales Netz. Man stelle es sich wie das Handy-Netz vor, nur viel intelligenter! Ferntransport und -verluste via Hochspannungsleitungen fallen nach und nach weg.

Genauso ist es an der Zeit, Siemens die faktische System-Trägerschaft für das Deutsche Starkstrom-Netz abzunehmen! Gründe gibt es genug: Die von der Öffentlichkeit völlig unerwartete BenQ-Siemens-Pleite, und der Totalausverkauf der Kommunikationssparte von Siemens an Nokia - diese Firma war vor 15 Jahren übrigens noch Gummistiefel-Fabrikant – sollten genügen. Die korrupte Firma Siemens war Systemträger des Deutschen Fernmeldewesens. Siemens produzierte und die Deutsche Bundespost betrieb die veralteten Siemensanlagen. Die Politik sicherte das Geschäft ab.

Ein wunderbares, stabiles Geschäft auf Kosten der „Kunden“ und – noch wichtiger - des technischen Fortschritts.

Schon vor über 30 Jahren sagte ein Vorstand von Siemens zu mir: „Sie können die Korruption nicht beweisen.“ Aber die Folgen werden immer deutlicher sichtbar: Der deutsche Steuerzahler zahlt Milliarden-Summen den pensionierten Postbeamten; Handys werden nicht mehr in Deutschland hergestellt, sondern millionenfach aus anderen Ländern importiert.

Und was passiert auf dem Starkstromsektor? „*Wir produzieren den Strom*“, sagten die Stromer zu meinem Bruder Reimut, als er Wirtschaftsminister in NRW war, „*und ihr sichert uns das politisch ab.*“ Das nennt man moderne Arbeitsteilung für beide Seiten. So ist es geblieben und funktioniert heute noch genauso wie damals.

Das Bundesverfassungsgericht urteilte am 4. Juli 2007:

„Die Annahme, ein freiberuflich oder unternehmerisch tätiger Abgeordneter entspreche in besonderer Weise dem verfassungsrechtlichen Leitbild des unabhängigen (also nur seinem Gewissen unterworfenen Abgeordneten nach Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG; der Autor), ist ohne tragfähige Grundlage.“

Eine Hand wäscht die andere und beide das Gesicht. „*Es gibt nichts Wahres, es sei denn Bares*“.

Mittlerweile sucht man in Dänemark nach neuen Wegen. Intelligente elektronische Kästchen sollen den mechanischen Stromzähler zu einer Fernbedienung umfunktionieren: Ist der Strompreis hoch, stellen sie die großen Verbraucher ab, z. B. die elektrischen Heizlüfter. Der Umtausch aller konventionellen in intelligente Stromzähler in Dänemark würde einmalig drei Milliarden Dänische Kronen (400 Mio. €) kosten und der lokalen Kleinindustrie Aufträge bescheren. Diese Summe würde zu gleichen Teilen von den Verbrauchern und den Netzbetreibern bezahlt. Volkswirtschaftlich betrüge der Nettogewinn dagegen über 2 Milliarden Dänische Kronen (265 Mio. €) – und das jährlich!

Kürzlich haben das der Systemverantwortliche, die energinet.dk, und die staatliche Energiebehörde Dänemarks Energistyrelsen gemeinsam in einer Studie dargelegt:

„*Sowohl hinsichtlich der Balance und aus Rücksicht auf die Umwelt sind fern ablesbare Stromzähler eine gute Idee. Heute können wir nur die Produktion hochfahren oder drosseln, um das Energiesystem auszutarieren. Aber in einem Energiesystem mit noch mehr Windkraft, wie es von der Regierung skizziert wird, werden wir dazu gezwungen, auch den Verbrauch*

zu regulieren,“ sagt Kim Behnke von energinet.dk. Laut energinet.dk spare man so 500-600 MW oder acht Prozent der Strom-Spitzenlast Dänemarks. Diese schwachstrom-politische Maßnahme würde Dänemarks billigstes „Kraftwerk“ schaffen. Der Energieminister Flemming Hansen (Konservative) ist strikt dagegen. Warum wohl? Es geht an die Kasse der Politik.

Abreden der Zentralisten auf Kosten der erneuerbaren Energie

Die dänische staatliche Netzgesellschaft energinet.dk wünscht sich mit den privaten Windmühlenbesitzern abzusprechen, um, falls erforderlich, deren Windkraftwerke abzuschalten. Sie hat um ein Gespräch mit Danmarks Vindmølleforening gebeten. Es war auch die energinet.dk, die verlangte, dass am 1. Januar 2007 300 private Windmühlen für sechs Stunden abgeschaltet wurden. Sonst wäre mehr erzeugt worden, als zu verbrauchen oder zu exportieren war.

Ursache des Problems: Zeitgleich zur Erzeugung der dänischen Windkraft fand ein kostenloser Import von 550 MW Strom aus Deutschland statt.

Damit war im Netz „kein Platz“ mehr für die Stromerzeugung aus dänischer Windkraft.

In Deutschland sind die Stromkonzerne immer noch als vertikale Monopole organisiert, und nicht wie in Dänemark aufgeteilt in Erzeugungs- und Netzgesellschaften. Nach dänischem Elektrizitätsversorgungsgesetz ist aus Wind erzeugter Strom solchem aus fossiler Energie vorzuziehen. Das Gesetz gestattet energinet.dk die Abschaltung von Windstrom nur „*bei dringender Gefahr für Zusammenbruch des Netzes samt während eines Netzausfalls und unter Neuaufrbau des Netzes*“. Die vornehmste Aufgabe von Energinet.dk müsste es sein, Gesetze zu befolgen. Dennoch wurden an Neujahr 2007 zum ersten Mal 100 MW dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung und 200 MW Windmühlen vom Netz genommen! Sämtliche Windkraftwerke, die gestoppt wurden, waren im Besitz der Elektrizitätswerke. Energinet.dk zahlte für die entgangene Erzeugung.

Während besagten „Neujahrssturmes“ wurden nur Windkraftwerke in Jütland abgeschaltet, während die Offshore-Windkraft von Horns Rev weiterlief. In dieser Neujahrsnacht deckte die dänische Windkraft den gesamten dänischen Stromverbrauch ab und lieferte darüber hinaus 250 MW für den Export. Ohne die Drosselung hätte die dänische Windkraft 400 MW über dem inländischen Verbrauch erzeugt.

Dagegen bestand während des Sturms über Dänemark am 10. Januar 2007, laut energinet.dk kein Bedarf für eine Abschaltung: An diesem Tag

waren die deutschen Strompreise den Westdänischen so nahe, dass man einen größeren Import aus Deutschland verhindern konnte.

Doch können wir den „Windmühlenbaronen“ vertrauen? Offshore-Windkraft, wie die von VESTAS am Horns Rev fördert den Zentralismus in der erneuerbaren Energie.

Rückgewinnung der Demokratie der lokalen Bevölkerung

Wenn Dänemarks Regierung dagegen die intelligenten Stromzähler erlauben würde, dann könnte lokal der Windmühlenstrom durch einfache Heizstäbe die großen Warmwasserspeicher der genossenschaftlichen Fernwärme-Anlagen und damit die Wohnungen billig heizen. Doch das wäre Dezentralisierung, und stünde der EU-Idee transnationaler Netze und – Märkte entgegen. Dabei wäre es ein Stück Demokratisierung und Teilhabe der lokalen Bevölkerung: Wenn der Wind richtig weht und der Strom „keinen Platz“ im zentralen Netz hat, würde er die lokalen Heizkosten senken!

Man sieht: Es ist sinnvoll und sogar notwendig, Strom-Produktion und -Netz zu trennen, um die Überlebensfähigkeit des Bürgers zu erhalten.